

FREIE HEIDE statt Bombodrom

Seit zwölf Jahren versucht die Bundeswehr, auf dem Truppenübungsplatz Kyritz-Ruppiner Heide bei Wittstock das so genannte Bombodrom wieder in Betrieb zu nehmen. Bislang erfolglos, denn der breite Protest in der Region, kreativer Widerstand und mehrere Klagen haben die Pläne bislang vereitelt. Dafür hat die Bundeswehr sich das nach 1950 vom sowjetischen Militär zwangsenteignete Gelände inzwischen fest einverleibt und mit dem Ausbau begonnen. Im Juli 2003 kündigte Verteidigungsminister Struck an, das Bombodrom nach dem Sommer in Betrieb zu nehmen.

Die Empörung der Menschen und der betroffenen Gemeinden wurde noch verstärkt, da die Bundeswehr in alter „stalinischer Manier“ agierte. Sie erhielt das nach 1950 zwangsenteignete Gelände vom Bundesvermögensamt übertragen, sperrte es kurzfristig ab und stellte in großer Zahl Schilder auf, die das Betreten unter Androhung von Waffengewalt untersagten. In der Gemeinde



Kreativer Widerstand, wie diese Theateraufführung vor dem Rathaus in Mirow, hat das Bombodrom bislang verhindert.

Als die Bundeswehr 1992 entschied, den sowjetischen Truppenübungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide in Nordbrandenburg doch weiter nutzen zu wollen, ging ein Aufschrei der Entrüstung durch die Region. Vierzig Jahre lang hatten die Menschen unter Detonationen und Tiefflugterror der sowjetischen Truppen gelitten, die in der Heide alle Arten von Bombenabwürfen und Artillerieübungen durchführten. Der zweite Weltkrieg ist hier praktisch erst mit dem Abzug der Sowjetarmee 1990 zuende gegangen. Doch die Hoffnung auf eine freie Heide schien zu zerplatzen, als die Bundeswehr - entgegen früherer Zusicherungen - 1992 plötzlich doch Anspruch auf das Gelände erhob.

Schweinrich wurde zum Beispiel mehr als die Hälfte des Gemeindegebietes bis zur Grenze des Ortskerns abgesperrt.

Gewaltfreie Widerstandskultur

Das tief verwurzelte Unrechtsbewußtsein und die allgemeine friedenspolitische Einstellung sind tragende Säulen des Protestes. Dies ist vor allem der 1992 gegründeten Bürgerinitiative FREIE HEIDE zu verdanken. Sie ist in der Region verankert, arbeitet mit der kommunalen Verwaltung zusammen und wurde zum Symbol eines kreativen, gewaltfreien und alle Bevölkerungsgruppen vereinigenden Protestes.

Fortsetzung nächste Seite

Einladung:

Sommer Aktions Tage

vom 21.-26. Juli 2004

Die politische Auseinandersetzung um das Bombodrom steht noch bevor. Was kommt nach der Brandenburger Landtagswahl? Werden wir uns der Rhetorik beugen, es gäbe keine Alternative zur militärischen Interventionspolitik? Wie viel ist uns Gerechtigkeit wert? Was wird unsere Antwort sein? Diesen und anderen Fragen wollen wir im Rahmen der Sommeraktionstage theoretisch und praktisch nachgehen. Mit Aktionen am und auf dem Gelände der FREIEN HEIDE, wie Protestwanderungen und zivilen Platzinspektionen, wollen wir unsere Ablehnung der Kriegsvorbereitung öffentlich machen und den militärischen Betrieb stören.

Programm

- Mi. 21.7.** Anreise, Aufbau
18.00 Auftaktplenum
20.30 Treffen mit Aktivisten aus der Region
"12 Jahre Widerstand gegen das Bombodrom"
- Do. 22.7.** 10.00 Exkursion in die Heide
15.00 Seminar zu Rechtsfragen bei Aktionen
17.00 Training in gewaltfreier Aktion
21.00 Historische Videoaufnahmen zum Thema
- Fr. 23.7.** 10.00 Start zur Radtour "Rund ums Bombodrom"
17.00 Ausstellungseröffnung "Bomben sind nie human" (vom Antikriegsmuseum Berlin, in der Klosterkirche Neuruppin)
20.00 "Bombenabwurfplätze und Krieg"
- Sa. 24.7.** Aktionstag / 15.00 Widerstand gegen Bombenabwurfplätze - das Beispiel Vieques bei Puerto Rico
18.00 Vorkonzert der Lebenslaute in Katerbow
- So 25.7.** 14.00 Protestwanderung, anschließend Konzertaktion mit "Lebenslaute"
- Mo 26.7.** 10.00 Abschlussplenum, Perspektiven zur Kampagne "200 Gruppen in die FREIE HEIDE"

Bitte mitbringen: Tasse, Teller, Besteck, Regenschutz und nach Bedarf Isomatten, Schlafsäcke, Zelt, Musikinstrumente, Drachen, Boote ... Fahrräder sind von großem Vorteil. Ausweis möglichst nicht vergessen. Selbstkosten für Gemeinschaftsverpflegung und Zeltplatznutzung betragen 7-15 Euro/Tag. Für Kinderbetreuung wird gesorgt.

Informationen zur aktuellen Entwicklung, zu den Aktionen sowie zur Anmeldung und Anreiseinformationen stehen unter www.freieheide-nb.de/resistnow.

BI FREIE HEIDE, Gruppe Berlin/Neuruppin

Polyphon gegen das Bombodrom

Unter dem Namen "Lebenslaute" finden sich seit 1986 engagierte MusikerInnen (Laien + Profis) aus ganz Deutschland zusammen, die klassische und auch andere Musik an Orten zum Klingen bringen, wo dies nicht erwartet wird. **Am 25. Juli wollen wir das Bombodrom in einen öffentlichen Konzertraum verwandeln.** Als Menschen verschiedenen Alters, mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Berufen leisten wir gemeinsam musikalischen Widerstand gegen die Bedrohung von Leben und Menschenrechten durch Militarismus, Umweltzerstörung, Rassismus und Unmenschlichkeit.

Weitere Informationen: Sabine Will, 030/ 449 9779, info@lebenslaute.de, www.lebenslaute.de.



Die BI führt regelmäßig Protestwanderungen zum und ins Bombodrom durch. Alljährlich finden Aktionstage mit Teilnehmenden aus ganz Deutschland statt (siehe Einladung Seite 1). „Die Frage des Bombodroms ist viel mehr als nur ein lokales Problem“, betont eine Sprecherin. „Es ist ein Bundes-, ja sogar Europa-relevantes Thema! Bei über 85 Protestveranstaltungen haben das mehr als 200.000 Teilnehmer aus Nah und Fern bekräftigt. Seit Jahren findet eine der größten Ostermarschaktionen in Fretzdorf statt“. Diese Auffassung teilt die Bürgerinitiative mit der 2002 in den nördlich angrenzenden Mecklenburgischen Anliegergemeinden gegründeten Aktionsgemeinschaft FREIER HIMMEL. Die beiden Gruppen haben sich auch schon so manche kreative Gemeinschaftsaktion ausgedacht wie die Protestfahrt mit einem Fahrgastschiff von Neuruppin bis zum Berliner Reichstag am 16. Juni 2004.

Darüber hinaus riefen im letzten Jahr Unternehmen, Gewerbetreibende, Grundeigentümer und Landwirte die BI PRO HEIDE ins Leben, weil sie bei Inbetriebnahme des Bombodroms um ihre Existenz fürchten.

Gemeinden ziehen vor Gericht

Die erste juristische Auseinandersetzung wurde zwischen 1994 und 2000 von den Anliegergemeinden durchgefochten, die sich auf das grundgesetzlich verankerte kommunale Planungsrecht beriefen. Im Dezember 2000 untersagte das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz den militärischen Übungsbetrieb bis auf weiteres. Die Betroffenheit und die planerischen Vorstellungen der Gemeinden seien nicht ausreichend ermittelt und berücksichtigt worden. Allerdings erklärte das BVerwG - im Gegensatz zu den vorhergehenden Gerichtsentscheidungen - die Übernahme des sowjetischen Übungsplatzes durch die Bundeswehr grundsätzlich für rechtmäßig. Stalinistische Zwangsenteignungen der 50er Jahre und sowjetisches Besatzungsrecht wurden formal in Bundesrecht übergeleitet. Der Einigungsvertrag, so das Gericht, habe die Grundlagen dafür geschaffen, „dass auch die Liegenschaften, die von sowjetischen Truppen ... für militärische Zwecke genutzt worden sind, in das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland übergegangen sind und für Zwecke der Bundeswehr weitergenutzt werden dürfen.“

Damit war, trotz Übungsverbot, ein wichtiger Pfeiler im Streit gegen das Bombodrom weggebrochen. Die Bundeswehr konnte zu einem neuen Anlauf ausholen, um das Bombodrom so schnell wie möglich in Betrieb zu nehmen. Mit dem ihr gerichtlich gewährten Hausrecht konnte sie zudem auf dem Gelände Fakten schaffen und die Gemeinden erfolgreich daran hindern, das Areal selbst zu nutzen.

Zur Inbetriebnahme des Bombodroms gab das Gericht der Bundeswehr einige relativ leichte Hausaufgaben auf - leicht im Ver-

gleich zur bei dieser Größenordnung normalerweise üblichen Planfeststellung. Sie muss in einem „förmlichen Anhörungsverfahren“

- begründen, warum sie das Bombodrom zur Landesverteidigung braucht,
- die genauen Grenzen des Platzes festlegen und Eigentumsfragen an Grundstücken klären,
- Umfang der Nutzung nennen,
- Immissionsdaten nennen,
- Ansprüche an das Bauplanungsrecht der Gemeinden angeben,
- nachweisen, dass die Planung mit einer gerechten Lastenverteilung zwischen West und Ost vereinbar ist.

Bundeswehr genehmigt sich das Bombodrom

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde 2001/2002 ein „Anhörungsverfahren“ zur Inbetriebnahme eines Bombenabwurfplatzes durchgeführt. Der Anwalt der betroffenen Gemeinden klagt, dass das Verfahren mit zwei Terminen in Wittstock und Neuruppin „nicht dem rechtsstaatlichen Mindeststandard“ entsprochen hat. Die von der Bundeswehr vorgelegten 20-seitigen Unterlagen seien völlig unzureichend gewesen. Unter anderem wurden betroffene Gemeinden ausgeschlossen, nur weil sie - obwohl von den Tiefflügen direkt betroffen - jenseits der Landesgrenze in Mecklenburg liegen. Im vierseitigen Lärmgutachten der Bundeswehr wurde nur der Dauerschallpegel berechnet, d.h. der gemäß Lärmschutzverordnung über 24 Stunden gemittelte Schallwert. Die Lärmspitzen blieben unberücksichtigt, obwohl gerade diese „Einzelereignisse“ gesundheitsgefährdend sind, wie Gegengutachten beweisen.

Nach der formalen Anhörung, in der sich 21 der 22 Angehörten gegen das Bombodrom aussprachen, erließ das Bundesverteidigungsministerium am 9. Juli 2003 einen erneuten Nutzungsbescheid. Dagegen wurde sofort Klage erhoben mit dem Ergebnis, dass das Verwaltungsgericht Potsdam am 18. September den Vollzug bis auf weiteres gestoppt hat. Über die Beschwerde der Bundeswehr gegen dieses Urteil sowie gegen weitere Unterlassungsverfügungen entscheidet das Oberverwaltungsgericht noch in diesem Sommer. Unter den Klägern sind mehrere betroffene Gemeinden, von der Bundeswehr in ihren Belangen ignorierte touristischen Unternehmen sowie die anerkannten Naturschutzverbände BUND und NABU. Letztere haben zum Schutz der im Bombodrom befindlichen und daran unmittelbar angrenzenden Naturschutzgebiete (u.a. der



Gruppen und Kontaktadressen:

BI FREIE HEIDE

Gegründet am 23. August 1992 und seitdem in der Region und darüber hinaus aktiv, wird von weiten Teilen der Bevölkerung und der örtlichen Politik unterstützt, verantwortlich für den kontinuierlich andauernden Protest, am 14.12.2003 mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte ausgezeichnet, auf der Website findet sich eine ausführliche Chronik des Widerstandes und vieles mehr,

Kontakt: Büro BI FREIE HEIDE, Dorfstr. 44, Tel. 033924-70497, 16818 Frankendorf, info@FREIEHEIDE.de, www.freieheide.de

Spendenkonto: BI FREIE HEIDE, Sparkasse OPR, BLZ 160 502 02, Kto.-Nr. 1680000167

BI FREIE HEIDE Gruppe Berlin/Neuruppin

Arbeitet seit 1993 innerhalb der BI FREIE HEIDE, veranstaltet die Sommeraktionstage und hat die Kampagne „200 Gruppen in die FREIE HEIDE“ initiiert, Website enthält umfangreichen Downloadbereich Kontakt: Roland Brinkmann, Ossietzkystr. 5, Berlin, Tel. 030-480 98942, info@freieheide-nb.de, www.freieheide-nb.de

Aktionsgemeinschaft FREIER HIMMEL

Seit 2002 in Mecklenburg-Vorpommern aktiv mit dem Ziel, das Bombodrom und die Tiefflüge in der Müritzregion zu verhindern, Website enthält im Downloadbereich u.a. ein umfangreiches Argumentationspapier zur Bedrohung von Natur u. Tourismus, Kontakt: Barbara Lange, Schildkamp 1b, 17252 Mirow, Tel. 039833-269822, mail@freier-himmel.de, www.freierhimmel.de

Unternehmerinitiative PRO HEIDE

Im Jahr 2002 neu gegründete Unternehmerinitiative zur Verhinderung des Bombodroms, hat detaillierte Untersuchungen zu Gesundheitsschäden, Verlust an Lebensqualität und zur Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlagen (Tourismus, Landwirtschaft) in der Region angestellt, steht hinter vielen Privatklagen, Kontakt: Kampagnenbüro, Seeufer 9, 16816 Neuruppin, Tel. 03391-4565382, buero@proheide.de, www.proheide.de



Grenzenloser Protest. Luftballons tragen Papierkraniche, das japanische Friedenssymbol (Bild rechts)



Wälder und Seen: Der natürliche Reichtum Nordbrandenburgs wird durch das Bombodrom entwertet und zerstört. Das untere Bild zeigt das Zielgebiet des Bombenabwurfplatzes.

Tausende Menschen nehmen an den Protestkundgebungen gegen das Bombodrom teil.



Das Gesicht des Krieges

Was auf dem Bombodrom geübt werden soll kann schwerlich als Landesverteidigung bezeichnet werden. Seit der Auflösung des Warschauer Paktes gibt es keine feindlichen Armeen mehr, gegen die das Land aus der Luft zu verteidigen wäre. So soll der Truppenübungsplatz auch „dem Zweck dienen, den Ausbildungsstand der Einsatzverbände - hier insbesondere der Krisenreaktionskräfte - zu halten und zu verbessern“ (Aussage des Oberbundesanwaltes vor dem Bundesverwaltungsgericht).

Die Bundeswehr entwickelt sich im Rahmen von NATO und EU immer mehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee. Die militärische Bedeutung des Bombodroms muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Bei der BI FREIE HEIDE ist man sich jedenfalls einig: Bomben sind Angriffswaffen, die weltweit zu ächten sind, und ihr Einsatz darf weder in der Ruppiner Heide noch sonstwo geübt werden. Die BI baut deshalb Kontakte auf

Müritz-Nationalpark) Verbandsklage erheben. Die Aussichten der Klagen werden zurückhaltend optimistisch bewertet.

Das Kernproblem aber ist, dass die Inbetriebnahme des Bombodroms nach Stand der Dinge immer nur auf Zeit gestoppt werden kann. Auch wenn die Kläger erneut bis zur letzten Instanz erfolgreich sein sollten: Die Kriegssübungen in der Kyritz-Rup-



Was die Bundeswehr plant:

Wer soll üben und was ?

Neben den Hubschraubern und Kampfbombern der Bundesluftwaffe sollen auch alle innerhalb der NATO verwendeten Kampfbomber üben, um dem NATO-Grundsatz der „gerechten Lastenteilung“ zu genügen, denn die deutsche Luftwaffe übt vorwiegend im Ausland. Ohne das Bombodrom können im Inland nur Standard-Einsatzverfahren in Siegenburg und Nordhorn geübt werden, die wesentlich kleiner sind. Mit Wittstock könnten auch so genannte taktische Bombenabwürfe im Inland geübt werden. Es ist geplant, alle Arten von Bombenabwürfen zu üben. Die Bomben sollen aus Höhen von 30 bis 4000 m abgeworfen werden. Man kann schließen, dass auch zielsuchende moderne Bomben aus großen Flughöhen eingesetzt werden sollen, allerdings soll nur Übungsmunition verwendet werden. Darüber hinaus soll auch Artillerie des Bundesheeres an 100 Tagen im Jahr auf dem Bombodrom üben. Die Angaben sind konsistent mit dem Festhalten der Regierung am Bombodrom Wittstock. Die kriegsrelevanten Abwürfe aus großen Höhen sowie kombinierte Einsätze von Luft- und Bodenverbänden können nur auf einem so großen Bombenabwurfplatz durchgeführt werden, denn sie bergen weitaus größere Gefahren als die Tiefflugübungen.

Übungskonzept

Es sollen bis zu 1700 Einsätze im Jahr geflogen werden, was die maximale Einsatzzahl ist, die mit dem Lärmschutzgrenzwert (Dauerschallpegel) vereinbar ist. Ein Einsatz besteht üblicherweise aus den Kampfübungen einer aus bis zu 4 Flugzeugen bestehenden Formation mit einem Abstand von 5 Sekunden. Während eines Einsatzes fliegt jedes Flugzeug das Ziel im Durchschnitt 5 mal an und dreht dabei jeweils eine Runde über dem Bombodrom. Dies entspricht bis zu 6800 Ein- und 6800 Ausflügen und bis zu 34000 Kampfübungen mit je einer Platzumrundung innerhalb von 47 Wochen im Jahr. Dies entspricht rund 150 Kampfübungen pro Flugtag und einer Kampfübung alle 2 Minuten während der 5,5 Flugstunden am Tag.

	Einsätze	Flugzeuge	Bombenabwürfe
pro Stunde*	1.5	6	30
im Jahr	1700	6800	34000

*: während der angegebenen Flugzeiten tagsüber

Rund 240 Einsätze sollen nachts stattfinden, dann allerdings mit je einem Kampfbomber. Die zulässige Flughöhe außerhalb gekennzeichnete Gebiete beträgt 300 m über Grund. Bei Vorliegen einer Genehmigung können es auch 150 m sein.

BI FREIE HEIDE Gruppe Berlin/Neuruppin, auf Grundlage der fünfseitigen Bundeswehrunterlagen zum Übungskonzept im Rahmen des Anhörungsverfahrens

zu von Bombenabwurfplätzen Betroffenen in anderen Teilen der Welt. Im Kasten „Was die Bundeswehr plant“ (Seite 3) wird deutlich, worin die „Krisenreaktionskräfte“ sich üben sollen, um es später auf allen Kontinenten anzuwenden. Und wenn die Bombenabwürfe erst einmal begonnen haben, ist der Willkür sowieso Tür und Tor geöffnet, befürchtet die BI FREIE HEIDE.

Politische Auseinandersetzung

In der allgemeinen politischen Debatte, vor allem auf Brandenburger Landesebene, stehen bislang gesundheitliche Schäden und vor allem wirtschaftliche Argumente im Mittelpunkt. Denn mit dem Bombodrom droht die Region im wahrsten Sinne des Wortes abzustürzen. Die Unternehmerinitiative PRO HEIDE zum Beispiel hat die Folgen akribisch aufgelistet:

- Maximale Schallpegelwerte zwischen 98 und 123 dB (Presslufthammer“qualität“) sowie Mittelungspegel von über 60 dB verursachen Schocksymptome, Gehörschäden und Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Belastung der Atemluft durch Treibstoffabgase und -reste niedrigfliegender Kampffjets, wobei der von der NATO verwendete Treibstoff JP8 in Deutschland verbotenes, krebserregendes 1,2-Dibrom-Ethan enthält
- Naturzerstörung, in der wald- und seenreichen Region befinden sich z.B. die größten Brutgebiete des Seeadlers
- Einnahmeeinbußen in der Landwirtschaft, zum Beispiel sind Vertragskündigungen durch Babynahrungshersteller angedroht
- Zerstörung der seit 1990 aufstrebenden Tourismuswirtschaft; Tourismusunternehmen sind gesetzlich verpflichtet hinzuweisen, wenn sie in Tieffluggebieten liegen, doch wer macht schon Urlaub neben einem Bombenabwurfplatz
- In Folge dessen Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen, Arbeitsplatzverlust, Wertverluste usw.

Solche Argumente haben den Brandenburgischen Landtag dazu gebracht, einem gemeinsamen Entschließungsantrag von SPD und CDU gegen das Bombodrom zuzustimmen. Landtag und Landesregierung sollen „geeignete politische Mittel“ einsetzen, damit „auf eine Wiederinbetriebnahme des Schießplatzes Kyritz-Ruppiner Heide („Bombo-

drom“) verzichtet wird.“ Die Mecklenburgische Landesregierung hat sich ebenfalls gegen das Bombodrom ausgesprochen.

So verständlich und nachfühlbar diese Argumente und Ängste auch sind: Trägerisch sind alle Versprechungen von Politikern, die sich für die Region und gegen das Bombodrom stark machen, die sich aber gleichzeitig unkritisch hinter eine „Sicherheits-“ Politik stellen, die von „Krisenintervention“ spricht und die Bundeswehr zur Teilnahme an massiven NATO-Militärschlägen (wie 1999 in Jugoslawien) aufrüstet. Polit-Taktierer wägen heute zugunsten der FREIE HEIDE ab, morgen (oder nach den Wahlen: Brandenburg wählt am 19. September 2004) überwiegen dann wieder die „verteidigungs-“ politischen Interessen.

Beispiele solcher Meinungswechsel gibt es leider einige: So hatte vor gut zehn Jahren Peter Stuck für die SPD-Bundestagsfraktion erklärt: „Wir fordern den Verteidigungsminister auf, die in seinem Konzept vorgesehene Weiternutzung ... des Übungsplatzes Wittstock-Neuruppin aufzugeben. Wenn die Bundeswehr diesen Platz tatsächlich weinternutzen wird, so wird sie damit ... gegen den von ihr selbst aufgestellten Grundsatz verstoßen, prinzipiell keine sowjetischen Übungsflächen zur Weiternutzung übernehmen zu wollen, und damit in den neuen Ländern den Rest Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verlieren.“ Glaubwürdigkeit hin oder her, 2004 fordert der gleiche Herr Struck, mittlerweile selbst Verteidigungsminister, die schnellstmögliche Inbetriebnahme des Bombodroms.

Friedenspolitik statt "Friedensmacht"

So lange die Politik Bomben und das Testen derselben als legitimes Mittel zur „Krisenbewältigung“ bzw. zur „Verteidigung deutscher Interessen“ (ob am Hindukusch und anderswo) ansieht, so lange wird sie auch versuchen, Testplätze wie das Bombodrom durchzusetzen. Bis 2012 soll die Luftwaffe neue Ausrüstung im Wert von rund 40 Milliarden Euro erhalten. Dazu gehören weitere Eurofighter, Marschflugkörper, lasergelenkte Spreng- und Penetrations-Bomben und ein taktisches Luftabwehrsystem für kurze Entfernungen. Der Gebrauch dieser Waffen muss vor dem Kriegsfall geübt werden.

Eine Politik, die „Frieden“ mit Militärmacht durchsetzen will, ist zum Scheitern

**Bomben zerstören die Lebensgrundlagen:
Neujahrswanderung vor der Schweinricher Kirche.**



Schweinricher Mahnsäule an der Grenze des Bombodroms

Aufruf zur Kampagne:

200 Gruppen in die FREIE HEIDE

Protest und Widerstand der letzten 10 Jahre wurden von großen Teilen der einheimischen Bevölkerung und Freunden aus vielen anderen Regionen getragen. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass der Betrieb des Bombodroms noch immer gerichtlich untersagt ist.

Der Widerstand umfasst vielfältige Formen, unter anderem auch Aktionen des zivilen Ungehorsams, bei denen Menschen auf das strittige Übungsplatz-Gelände gehen. Zur Realisierung einer FREIE HEIDE muss der Widerstand noch breiter und vielfältiger werden. Bis die ersten Bomben fallen soll eine Vielzahl von Gruppen und Menschen die FREIE HEIDE kennen lernen - auch um am "B-Day" (dem Tag des ersten Bombenabwurfs) eine möglichst große Aktion durchzuführen. Ziel ist, dass viele Gruppen durch ihre Anwesenheit an je einem der 200 Bombenabwurfstage im Jahr auf dem Bombodrom-Gelände den Übungsbetrieb stören.

Kontakt und weitere Informationen:

www.resistnow.freieheide-nb.de, resist@freieheide-nb.de

BI FREIE HEIDE Gruppe Berlin/Neuruppin



verurteilt. Der Nahost-Konflikt ist hierfür das klassische Beispiel. Die mörderische Gewaltspirale wird durch gezielte Liquidation des Terrorismus beschuldigter Menschen aus der Luft weitergedreht. Den Preis zahlt immer die Bevölkerung, die unter Terror und Gegenterror leidet. Die aktuelle US-Regierung ist - gestützt auf ihre Präzisionsbomben - dabei, das Muster des Nahost-Konfliktes auf den Weltmaßstab auszudehnen. Dieser tödlichen Eskalationspolitik müssen Deutschland und Europa eine aktive Friedenspolitik und gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien entgegensetzen - und zwar auf allen Ebenen. Hierzu gehört auch die Schaffung einer „Nonviolent Peaceforce“ zur zivilen Konfliktbearbeitung.

Ein Verzicht auf das Bombodrom ist der erste, unabdingbare Schritt hin zu einer echten Friedenspolitik.

Carsten Sperling

Ich danke Andreas Peters (Graswurzelwerkstatt), Heidi Günther und Andreas Will (BI FREIE HEIDE) für die freundliche Unterstützung bei der Recherche.

